

DAS MAGAZIN

A close-up portrait of an elderly man with short, grey hair and glasses. He is wearing a light green checkered shirt under a dark blue vest. The lighting is dramatic, with strong highlights on his face and glasses, and deep shadows on the right side of his face and the background. The background is slightly out of focus, showing a patterned curtain with blue and purple floral motifs.

Mein Grossvater,
der Putinverstehher *Seite 10*

Mein Opa kann es kaum erwarten, von Putin besetzt zu werden

Der ukrainische Grossvater unserer Autorin lebt in der Nähe von Odessa und unterstützt Putins Angriffskrieg. Nun hat sie ihn angerufen und gefragt: Warum?

TEXT SASCHA BRITSKO
BILDER SVET JACQUELINE



Bis sie sieben Jahre alt war, lebte unsere Autorin in der Ukraine. Die Eltern immer auf Arbeit, die Grossmutter als Mutterersatz.



Wir haben ein schwieriges Verhältnis. Meine Grossmutter, geboren in eine russische Familie aus Sibirien und aufgewachsen in der ukrainischen Stadt Pryluky im Bezirk Tschernihiw. Mein Grossvater, geboren in Litauen, eingewandert und aufgewachsen in der ukrainischen Hafenstadt Mikolajiw. Und ich, geboren in Donezk, dem heute von Separatisten besetzten Gebiet.

Sechszwanzig Jahre lang waren meine Grossmutter und mein Grossvater verheiratet. Sie hatten den gleichen Beruf, eine gemeinsame Tochter und die gleiche politische Einstellung. Heute könnten sie nicht unterschiedlicher sein: Meine Grossmutter ist glühende Patriotin und lebt in dem kleinen ukrainischen Fischerdorf Primorsk am Asowschen Meer. Es wurde vor zwei Monaten von den Russen besetzt. Mein Grossvater ist Putin-Anhänger und lebt im Kurort Yuzhne, eine halbe Stunde Autofahrt von Odesa entfernt. Er kann es kaum erwarten, besetzt zu werden.

Als Putins Truppen die Ukraine überfielen, mein Herkunftsland, sass ich zu Hause in der Schweiz und fürchtete um meine Grosseltern. Je länger der Krieg andauerte, desto öfter fragte ich mich: Wie kann mein Opa nur Putin-Fan bleiben, während die Russen sein Land in Schutt und Asche legen?

Bis ich sieben Jahre alt war, lebte ich in der Ukraine. Ich besuchte dort den Kindergarten und die erste Klasse. Meine Kindheit ähnelte der Kindheit vieler ukrainischer Kinder: Die Eltern immer weg, auf Arbeit, und die Grossmutter als Mutterersatz.

Ich erinnere mich an einen Moment, ich war vielleicht fünf Jahre alt, da brach ich in Tränen aus, weil meine Grossmutter mir erklärte, dass sie nicht meine Mutter, sondern «nur» meine Grossmutter sei. Ich will sagen: In der Ukraine erlebte ich eine Sozialisierung, die weitgehend auf den Werten meiner Grossmutter beruhte.

Mit meinem Opa hatte ich zwar ab und zu Kontakt, aber seit er und meine Grossmutter sich kurz vor der 2000er-Wende getrennt hatten, blieben mir nur vage Erinnerungen an ihn. Ich erinnere mich an viele verschiedene Frauen – wahrscheinlich seine Freundinnen – und an einen Besuch auf dem Bazar. Opa wollte mir die Kassette meiner Lieblingsängerin Britney

Spears nicht kaufen. Ich brach in Tränen aus. Er war überfordert, brachte mich zurück und sagte meiner Oma, ich sei verzogen.

Über Privates redeten wir nicht, über Politik schon gar nicht. Die meisten Gespräche liefen so ab: Wie wars in der Schule? – Gut. – Was habt ihr Neues gelernt? – Nichts. – Hast du einen Freund? – Nein.

Bis vor kurzem wusste ich nicht, was mein Grossvater sein Leben lang gearbeitet hatte. Oder welche politische Haltung er hat. Und ehrlich gesagt: Es interessierte mich auch nicht. Als ich vor zwanzig Jahren in die Schweiz zog, verschwand mein Opa grösstenteils aus meinem Leben. Wir sahen uns nur, wenn ich auf Besuch in der Ukraine war.

Vor etwa zehn Jahren, als meine Mutter und ich im Garten meiner Grossmutter in Primorsk sass – wir waren zu Besuch – und Opa auch dazu kam, gab es einen Disput. Oma und Opa hatten gut getrunken, und wie immer redeten sie dann über Politik. Oma schrie, Opa schrie, sie redeten so lange aufeinander ein, bis jemand aufstand und weglief (also nicht sehr lange). Das ist die erste und letzte politische Auseinandersetzung mit meinem Opa, an die ich mich erinnern kann. Ich war sechzehn Jahre alt.

Ansonsten finden sich in meiner Erinnerung nur Fetzen von Floskeln, mit denen meine Mutter und meine Grossmutter um sich warfen, wenn es um Opa ging: «Er hat sich sehr verändert», «Früher war er nicht so, früher war er reflektierter, konnte noch diskutieren, ja, wir haben doch immer diskutiert!», «Und er hat sie doch auch gehasst, die Sowjetunion, die Sozialisten, die Kommunisten. Und jetzt?», «Das ist der Einfluss des Geldes, der Banditen, ja, das ist der Donbass, der aus ihm spricht!», «Jetzt ist er verblendet, und überhaupt...»

Doch das war zu Friedenszeiten. Heute herrscht Krieg in meinem Land. Am 24. Februar hat Russland die Ukraine überfallen, mit einer lächerlichen Begründung: In der Ukraine seien Nazis an der Macht, die die russischsprachige Bevölkerung ausrotten möchten. Es sei ein regelrechter Genozid an den Russen im Gange, behauptet Russlands Präsident Wladimir

Putin. Der Angriff sei Verteidigung. Und als ich meinen Grossvater am 24. Februar anrufe und frage, ob es ihm gut gehe, sagt mein Grossvater: Und wie! Endlich wird aufgeräumt mit all den Nazis und Banditen im Land. Endlich kommt Wladimir Putin.

«Mach dir keine Sorgen!», sagte Opa. «Wir sind hier sicher, Putin schießt nur auf militärische Einrichtungen. In einer Woche hat er Kyjiw eingenommen, und alles ist vorbei.»

Ich war schockiert. Und mich beschlich ein diffuses, schmerzhaftes Gefühl. Wie kann mein Opa einen Krieg gut finden, zu dessen Opfer er vielleicht selber werden wird?

Solche Gefühle kennen viele Ukrainerinnen und Ukrainer. Alle haben ja die Aufrüstung gesehen, die Putin in den letzten Jahren vorantrieb, die Panzer, Raketen und Truppenmanöver. Sie wussten, dass etwas auf sie zukommt. In naiver Hoffnung glaubten sie, dass alles doch nur ein Bluff war. Oder dass es «nur kurz» eskalieren und dann wieder vorbeiziehen würde.

Wieso bewundert mein Opa einen Autokraten, der zur Sowjetunion zurück will, in der die Menschen nicht frei waren?

Anders mein Grossvater. Bei meinem letzten Besuch, im September 2021, als er in seiner knappen Badehose Schaschlik im Garten briet und selbstgebrannten Erdbeervodka auschenkte, erzählte er von der Bedrohung, die «euer Genosse Biden» für Russland, für sie alle sei. Er schwadronierte darüber, wie die Ukraine vor die Hunde gehe, dass wir ja ohnehin alle Russen seien und wie stolz er auf mich und mein russisches Geschlecht sei. Mit jedem Glas Vodka wurde seine Argumentation wirrer, bis er irgendwann in Tränen ausbrach und einschlieft.

Sechs Monate später, als der Krieg anging, hatte ich gehofft, dass mein Grossvater nun zur Vernunft kommen würde. Als ich sah, dass dieser Krieg ihn nur noch in seiner Meinung bestärkte, machte mir das Angst. Doch mir wurde auch klar, dass ich früher oder später mit ihm reden muss – darüber, warum er die Welt so anders sieht als ich.

Mitte März rief ich meinen Grossvater per Videocall an. Es war unser erstes Gespräch über Politik. Die Bombardements auf Kyjiw waren in vollem Gange.

*

Deduschka, wie war es, in der Sowjetunion aufzuwachsen?

Ich war Einzelkind, meine leibliche Mutter kenne ich nicht. Ich kam 1950 in Litauen, damals noch Sowjetunion, zur Welt. Den Pass erhielt ich erst, als mein Vater mit mir in die Ukraine zog, darum bin ich offiziell Ukrainer, obwohl das gar nicht stimmt. Ich wuchs bei den Grosseltern in Mikolajiw auf. Als ich vierzehn Jahre alt war, besuchte ich das Bau-Technikum, das war eine Art Gymnasium mit Vertiefungsrichtung im Gebäudebau. Man sagte mir: Werde Techniker, dann hast du immer einen Job. Es braucht immer Leute, die das Land wieder aufbauen.

Warst du zufrieden mit dem Leben?

Es war schwer. Als ich nach dem Militärdienst meinen ersten Job in Donezk bekam, verdiente ich 80 Rubel im Monat. Dafür musste ich vor allem Skizzen von Mähdreschern anfertigen. Das war ein normaler Lohn zu dieser Zeit, deine Oma verdiente gleich viel. Wir lernten uns damals am Institut für Metallurgie «Giprostal» kennen. Oma war ebenfalls technische Ingenieurin, spezialisierte sich aber auf Wasserleitungen und Kanalisationen. 1972 heirateten wir, 1973 kam deine Mutter zur Welt. Das Geld reichte nur knapp, aber ich besuchte eine Abendschule und bildete mich zum Ingenieur weiter. Danach wurde ich befördert und verdiente schon 130 Rubel. Ich musste Fundamente für Gebäude erarbeiten, skizzieren und berechnen. Mit dreiundzwanzig wurde ich bereits leiternder Ingenieur und trug Verantwortung für zwei Mitarbeitende.

Du hast meine Frage nicht beantwortet. Würdest du sagen, du warst glücklich?

Wir hatten keine Zeit, um über Glück nachzudenken. Wir lebten in einer Einzimmerwohnung, die nicht mal fließendes Wasser hatte. Es waren schwierige Umstände. Aber wir waren jung und furchtlos. Wir stiegen die Karriereleiter hoch, und mit jedem Schritt hofften wir, dass sich das Leben verbessert. Kurz bevor dann die Sowjetunion 1991 zerfiel, war ich leitender Ingenieur bei Giprostal. Ich verdiente 190 Rubel und verantwortete sieben Angestellte. Wir wären fast nach Leningrad gezogen, weil ich dort ein Jobangebot bekam. Aber ich lehnte ab. Ich liebte den Donbass, die Fabriken, die Schwermetalle. Hier gehörte ich hin, hier fühlte ich mich zu Hause.

Wie war das Leben in der Ukraine, nachdem die Sowjetunion zusammengebrochen war?

Unser Institut war staatlich finanziert, also verlor ich meinen Job. Aber ich hatte keine Angst, ich wusste, dass ich gehen konnte, wohin ich wollte. Ich hatte eine sehr gute Ausbildung. Ich war übermütig, habe diverse Jobangebote abgelehnt, weil sie nicht meinem Niveau entsprachen.

Also warst du arbeitslos?

Ich arbeitete mal hier, mal dort, aber die wirtschaftliche Situation war sehr schwierig. Dann hörte ich, dass in Donezk die Kühltankfabrik Norton gut lief. Ich bewarb mich, und bekam eine Stelle als «Smetchik» – als Schätzer, der den Finanzbedarf beurteilt. Das war die Stelle mit dem niedrigsten Lohn überhaupt: 1'700'000 Rubel pro Monat. Die Inflation war damals, 1994, auf dem Höhepunkt. Kurze Zeit später ging die Fabrik ein und ich war wieder arbeitslos. Schliesslich bekam ich einen Job in einer Metallurgiefabrik in Donezk. Meine Hauptaufgabe: Ich sollte das lokale Fussballstadion unserer Mannschaft «Metallurgh Donezk» restaurieren. Für mich als Fussballfan war das ein Traum! Später wurde ich dann vom Fussballclub abgeworben. Bis der Krieg im Donbass 2014 ausbrach, arbeitete ich als verantwortlicher Ingenieur beim Fussballklub. Danach ging der Klub pleite, und ich zog hierher nach Yuzhne.

Oma hat gesagt, du und sie hättet früher die gleichen politischen Ansichten gehabt. Ihr hättet gejubelt, als das Ende der Sowjetunion verkündet wurde.



«Zum Teufel mit eurer Demokratie»: Der Grossvater der Autorin.

Der Kommunismus war mir egal. Er ging mich nichts an. Wir wussten, dass es ihn nie geben wird und dass diese Utopie Unsinn ist. Darum hatten wir uns gefreut, als die Sowjetunion zerfallen ist. Wir hatten gehofft, dass die Ukraine nun aufblüht. Wir hatten schliesslich wundervolles Startkapital: Die Industrie blühte! Unser Lebensstandard war einst so hoch wie in Frankreich. Und jetzt sind alle Fabriken zu, der industrielle Fortschritt ist vertan.

*

Der Werdegang und die Rückschläge meines Grossvaters sind typisch für einen ehemaligen Sowjetbürger. Doch

wieso bewundert mein Opa deswegen einen Autokraten, der zu dieser Sowjetunion zurückkehren will, in der die Menschen nicht frei waren?

Ich rufe Jeronim Perović an. Er ist Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Zürich und Direktor des Center for Eastern European Studies. Ich hoffe, dass er mir erklären kann, wieso mein Grossvater so geworden ist, wie er geworden ist.

Diese Form der Sowjet-Nostalgie lasse sich historisch ganz gut herleiten, sagt Perović. «1991 war die Sowjetunion am Ende, der Staat steckte in einer tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise – und da erschien der Nationalismus als Ersatz für den Kom-

munismus. Der Tenor war: Je mehr Souveränität die Republiken haben, desto besser.» Diese Tendenz sei auch von einer Mehrheit der Bevölkerung unterstützt worden. «Aber», betont Perović, «das hiess nicht, dass die Mehrheit der sowjetischen Bürgerinnen und Bürger sich gegen ein Zusammenleben gestellt hätten.»

In einem Referendum im März 1991 sprach sich eine überwältigende Mehrheit für den Erhalt der Sowjetunion aus – allerdings in einer neuen Gestalt: Als Föderation mit gleichberechtigten Unionsstaaten. Einen Tag vor der Unterzeichnung dieses Unionsvertrages im August 1991 versuchte eine Gruppe konservativer Parteifunktionäre, die alte Sowjetunion zu retten und Michail Gorbatschow zu stürzen, weil sie ihre Macht und den Status quo durch dessen Reformen bedroht sahen. Der Putschversuch scheiterte nach drei Tagen und beschleunigte den Zerfallsprozess. Das Schicksal der Sowjetunion war damit besiegelt.

Doch die nationalen Projekte erwiesen sich als schwierig: Nach dem Zerfall der Union erfasste eine Privatisierungswelle die ehemaligen Sowjetstaaten, allen voran Russland und die Ukraine. Die Planwirtschaft wurde nach dem Vorbild der USA «neoliberalisiert». Staatsbetriebe wurden in Anteilscheine, also Aktien, aufgeteilt und an die Bürger verteilt. Die Idee: Das Volksvermögen soll zurück zu seinen Besitzern. Doch die meisten Bürger hatten weder ökonomisches Wissen noch das nötige Kapital, um diese Aktien rentabel zu machen. Nur einige wenige – zufälligerweise besonders oft Leute aus dem ehemaligen Parteikader – konnten das Potential der privatisierten Unternehmen einschätzen und in kurzer Zeit riesige Vermögen anhäufen. Aus diesem «ökonomischen Vakuum», wie Perović es nennt, gingen die heutigen Oligarchen hervor. Die Bevölkerung verarmte, während einige wenige zu Reichtum kamen.

In der Folge gerieten viele der ehemaligen UdSSR-Staaten in eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise. Die Abhängigkeit vom russischen Nachbarn wurde umso grösser. Zwar werden die Neunzigerjahre in der Ukraine nach wie vor mit Schlagwor-

ten wie «Unabhängigkeit», «Freiheit» oder «Souveränität» in Verbindung gebracht. Aber dem ukrainischen Volk wurde auch klar: Die lang ersehnte Freiheit hatte einen hohen Preis. «Und so steht diese Zeit für einen Teil der Bevölkerung eben auch für Zerfall und Niedergang», sagt Perović.

Der Zerfall, von dem Perović spricht, war nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch ein seelischer. Diese Gefühlslage spiegelte sich in der Gesellschaft: Die einen verliessen das Land Richtung Westen, andere fingen an, der Sowjetzeit nachzutruern.

*

Deduschka, wann war dein Leben besser: in der Sowjetunion oder danach?

Danach, glaube ich, habe ich besser gelebt. Ich habe einen guten Job gefunden und einen guten Lohn gehabt. Aber das kam, weil ich hart gearbeitet habe! Und nicht etwa, weil unsere Regierung einen so guten Job gemacht hätte.

Und wieso wünschst du dir dann die alten Verhältnisse zurück?

Es hat keinen Sinn mehr, zu lernen oder sich ausbilden zu lassen. Es gibt keine Arbeit, alle Fabriken schliessen. Wer etwas hat, wandert aus nach Europa. Früher wollten wir etwas erreichen und haben darauf hingearbeitet.

Aber die Sowjetunion war korrupt.

Oma hat mir erzählt, dass die Handwerker, die ja vom Staat bezahlt wurden, erst zu arbeiten begannen, wenn du ihnen eine Flasche Vodka (und etwas zu essen) auf den Tisch gestellt hast.

Das ist doch keine Korruption, das ist Gastfreundschaft! Korruption ist, wenn Politiker das Geld der Bürger mit der Schaufel wegtragen. In der Sowjetunion gab es gar keine Korruption. Die heutigen Oligarchen lebten in den gleichen Wohnungen wie wir. Heute hingegen kommst du in der Ukraine ohne Bestechungsgeld nirgends hin. Die Menschen bezahlen Zehntausende Griwna, nur um ein Vorstellungsgespräch zu bekommen.

Also gefiel dir das Leben in der Sowjetunion besser?

Das Leben war in Ordnung. Und jetzt ist es das nicht mehr. Es gibt keine Arbeit.

Keine Perspektive. Die Menschen Leben von der Hand in den Mund.

*

Anfang der Neunzigerjahre wurde aus der Ukraine eine Demokratie, doch die neue Regierungsform überzeugte ihre Bürger nicht besonders. Als ich nach Gründen dafür suchte, stiess ich auf eine Sammlung von Umfragen, die das Internationale Institut für Soziologie in Kyjiw zwischen 2019 und 2021 durchgeführt hat. Eine Frage fiel mir besonders auf, weil ich glaube, darin die Meinung meines Grossvaters wiederzuerkennen.

Die Frage lautete: «Vergleichen Sie das Leben in der Sowjetunion mit der heutigen Ukraine. Welche Lebensbereiche waren wo besser?» In Sachen «Meinungsfreiheit» und «Voraussetzungen für Selbstverwirklichung» waren sich die Befragten einig, die Ukraine gewann. Doch schon bereits beim Punkt «Lebensstandard» tat sich ein Graben auf: 43 Prozent fanden den Lebensstandard in der Sowjetunion besser, 43 Prozent bevorzugten die heutige Ukraine. Und in Sachen Medizin (54:34) und Bildungsstandards (57:33) gewann die Sowjetunion.

Eine andere Umfrage, die von 2004 bis 2020 regelmässig vorgenommen wurde, stellte die Frage: Sind Sie zufrieden mit dem politischen System? Das Ergebnis ist schockierend. Zwar stieg der Anteil der Personen, die lieber in einer Demokratie leben würden, über die Jahre leicht an (von 40 auf etwas über 50 Prozent). Doch der Anteil derjenigen, die «unter Umständen ein autoritäres Regime bevorzugen», hielt sich hartnäckig bei 20 Prozent. Hinzu kommen nochmals 20 Prozent, denen es «egal» ist, in welchem System sie leben. Das sind 40 Prozent, die mit demokratischen Strukturen nicht viel anfangen können.

Und dieser gesellschaftliche Zwiespalt, den es auch in den anderen postsowjetischen Ländern gab, wurde natürlich politisch ausgenutzt. Zuerst 1994 von Alexander Lukaschenko, der die Macht in Belarus übernahm. Und sechs Jahre später von Wladimir Putin. Beide sind noch heute an der Macht. «Lukaschenko ist in Teilen zum sowjetischen Wirtschaftssystem zurückgekehrt», erklärt Historiker Perović. «Putin ist unter dem Slogan

angetreten, Recht und Ordnung wiederherzustellen.» Die Botschaft war einfach: Ich garantiere euch Stabilität.

In Russland gelang die nationale Konsolidierung auch deshalb, weil Putin die Gesellschaft auf einen neuen «patriotischen Konsens» eingeschwo-ren hat. «Darin enthalten ist im Wesentlichen der Stolz auf die eigene Geschichte und die grossen Siege Russlands in der Vergangenheit, vor allem natürlich der Sieg über Nazideutschland im Zweiten Weltkrieg.» Damit habe Russland auch an imperiale Traditionen angeknüpft, denn der Sieg gegen Nazideutschland wurde ja von der Sowjetunion errungen. «Und mehr noch: Diese imperiale Identität schliesst eben auch die ehemaligen Sowjetrepubliken ein, und damit auch die Ukraine.»

In der Ukraine sah die Situation anders aus als in Russland, denn «die Ukraine» gab es so nicht. Die längste Zeit war sie Teil anderer Imperien. Wollte sich die Ukraine also als Nation behaupten, musste sie sich in Abgrenzung zu der gemeinsamen langen Geschichte mit Russland definieren, sagt Perović. Das war auch deshalb schwierig, weil viele Menschen in der Ukraine – vor allem in den östlichen und süd-östlichen Teilen des Landes – enge verwandtschaftliche Beziehungen zu Russland hatten. «Ein Teil des Landes fühlte sich mit der russischen Kultur, Geschichte und Sprache eng verbunden», sagt Perović. «Das hiess nicht, dass sie sich nicht als ukrainische Bürgerinnen und Bürger fühlten, aber es schloss eine Verbundenheit zu Russland eben auch nicht aus.»

Die Antwort darauf war eine Politik der «Ukrainisierung». Während der Präsidentschaft von Wiktor Juschtschenko – von 2005 bis 2010 – versuchte dieser, das Land auf neuer nationaler Basis zu einen, indem er etwa die umstrittene historische Figur Stepan Bandera zum «Held der Ukraine» ernannte.

Ein Entscheid, der national umstritten war. Der westliche, ehemals polnische Teil der Ukraine, der erst im Zweiten Weltkrieg in die Sowjetunion eingegliedert wurde, applaudierte, während im Osten und Süden die Heroisierung Banderas auf wenig Verständnis stiess. Der Grund: Bandera

sympathisierte mit Hitlerdeutschland. Er führte zwischen den Dreissiger- und Vierzigerjahren eine nationalistische Bewegung, die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), an. Ziel der Partei war die Unabhängigkeit der Ukraine – um jeden Preis. Darum kämpfte der militärische Teil der Bewegung, die Partisanen, Seite an Seite mit den deutschen Nationalsozialisten.

Ob Banderas Anhänger Hitler wirklich nur aus blinder Naivität vertraut haben, ist umstritten. Diverse Historiker klassifizieren die OUN heute als faschistische Bewegung. Der polnische Historiker und Faschismusforscher Grzegorz Rossoliński-Liebe publizierte 2014 die erste wissenschaftliche Biografie über Bandera. Auch er kommt zum Schluss, dass Bandera ein bekennender Faschist war. Rossoliński-Liebe schreibt: «Die Massengewalt beziehungsweise die ‹Säuberung› der Ukraine von Juden, Polen, Russen und anderen ‹Feinden› der Organisation war ein zentraler Bestandteil seiner Ziele.»

Trotzdem wird Bandera im Westen der Ukraine von vielen als Unabhängigkeitskämpfer und Nationalheld verehrt. Rund vierzig Denkmäler gibt es von ihm in der Ukraine, diverse Strassen tragen seinen Namen. Im April 2015 erklärte das ukrainische Parlament die Mitglieder der OUN gar offiziell zu Unabhängigkeitskämpfern. Bandera ist auch in der Ukraine eine umstrittene Figur, aber fraglos hat er

viele Bewunderer, auch in den Spitzen der Politik. Nur: Macht sie das zu Nazis, wie Putin und die russische Propaganda behauptet?

*

Deduschka, woher weisst du, dass das Leben in Russland so viel besser ist als in der Ukraine?

Seit ich das letzte Mal in Russland war, hat sich der Lebensstandard dort um das Fünffache gesteigert. Meine Bekannten leben dort, die haben mir das erzählt. Bei euch im Westen erzählt man immer, wie arm Russland sei. Du musst nicht alles glauben. Russland ist viel reicher als die Ukraine. Alle leben dort gut.

Wann warst du das letzte Mal in Russland?

(Stille)

Vielleicht geht es deinen Bekannten auch nur gut, weil sie gute Jobs haben.

Vielleicht. Aber was willst du damit sagen? In Russland ist alles schlecht, und bei euch ist alles gut? Ich sage, dass in der Ukraine das Leben schlecht ist, weil es stimmt. Wir sind das ärmste Land in ganz Europa, ärmer gehts nicht mehr. Und schuld daran ist die politische Führung.

Die Republik Moldau ist noch ärmer.

Aber was ist deiner Meinung nach der Ausweg aus der Armut?

Der Ausweg ist das, was gerade passiert. Jetzt werden die Banditen und die Nazis aus der Ukraine rausgeschmissen, und ein besseres Leben beginnt. Ein normales Leben.

Denkst du wirklich, dass das Leben nach diesem Krieg besser sein wird?

Nicht sofort, aber mit der Zeit.

*

Es ist schwierig mit meinem Opa zu reden. Er ist ein Mann vom alten Schlag. Ein Patriarch, der keine Widerworte duldet. Er ist der Typ Mann, der sich selbst gerne reden hört. Manchmal redet er einfach lauter, damit sein Argument stärker wirkt. Manchmal redet er einfach schneller, damit ich keine Möglichkeit habe, ein Argument einzubringen. Das ist sowjetische Erziehung, das kenne ich. Meine Grossmutter verhält sich da ähnlich, und vielleicht auch ich.

Hat seine Haltung vielleicht etwas mit unserem Heimatort, dem Donbass zu tun? Vielleicht, meint Perović. «Der Osten der Ukraine fühlte sich im Gegensatz zum Westen mit der russischen Kultur viel enger verbunden. Weil der Osten auf eine rund vierhundertjährige gemeinsame Vergangenheit mit Russland als Teil des Russischen Reiches und der Sowjetunion zurückblickt.» Je weiter östlich die Ukrainer leben, desto weniger wichtig war ihnen Unabhängigkeit, desto eher trauerten sie der Sowjetunion nach. Auch das zeigen öffentliche Meinungsumfragen.

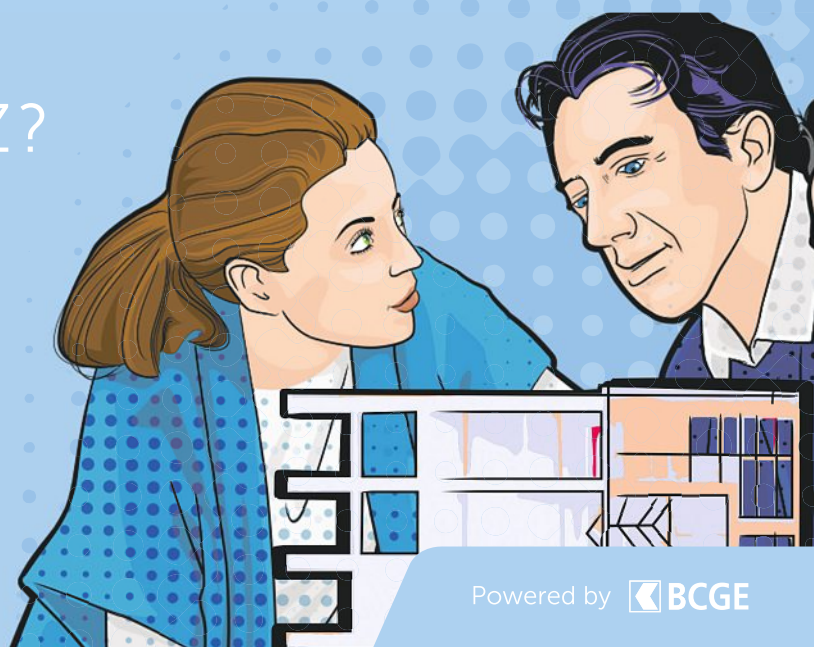
Der Donbass war das erste Gebiet, das im 19. Jahrhundert industrialisiert wurde, und es entwickelte sich zum industriellen Herz der Sowjetunion. Damit verbunden war auch ein gewisser

SIE SUCHEN EINEN VORTEILHAFTEN HYPOTHEKENZINSSATZ?

Unterzeichnen Sie Ihr Darlehen online in 15 Min. und erzielen Sie

+0,5% zusätzliche Zinsen auf Ihren Ersparnissen!

AVANTAGESERVICE.CH





Die Autorin zwischen ihrem Grossvater und ihrer Mutter.

Stolz, den ich noch heute bei meinem Grossvater spüre, wenn er erzählt, dass er nicht nach St. Petersburg ziehen wollte, weil die Fabriken in Donezk für ihn nach Heimat rochen. Perović formuliert es so: «Die Kohlearbeiter aus dem Donbass waren das Sinnbild einer neuen Epoche, einer Erfolgsgeschichte.»

Doch mit dem Zerfall der Sowjetunion verschwand der Osten der Ukraine zunehmend in der Bedeutungslosigkeit. Bis die Proteste im Jahr 2013 auf dem Maidan begannen. Der Maidan war so etwas wie der Anfang des heutigen Krieges in der Ukraine. Meine Bekannten aus Donezk sagen mir: Für uns ist schon seit acht Jahren Krieg.

Alles fing im November 2013 an, als der damalige ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch auf russischen Druck das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht unterschreiben wollte, obwohl er sich zuvor für dieses Abkommen ausgesprochen hatte. Das Abkommen hätte vor allem Studenten einen erleichterten Zugang zu europäischen Universitäten ermöglicht.

Daraufhin entflammten Studentenproteste, die mit Polizeigewalt niedergeknüppelt wurden – was nur noch grösseren Widerstand in der Bevölkerung mobilisierte. Schlussendlich fanden in Kyjiw regelmässige Demonstrationen mit bis zu 800'000 Teilnehmenden statt. Die Demonstranten forderten die Amtsenthebung des Präsidenten Janukowitsch sowie die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens.

Im Februar 2014, auf dem Höhepunkt des Maidans, eskalierte die Polizeigewalt. Hundert Personen wurden getötet, tausend weitere verletzt, und da die Proteste nur umso massiver weitergingen, flüchtete Janukowitsch nach Russland, woraufhin eine Übergangsregierung installiert wurde. Einen Monat nach Janukowitschs Flucht begann Putin die ukrainische Halbinsel Krim zu annektieren. Es war vermutlich eine direkte Reaktion auf die Eskalation auf dem Maidan. Denn: Die russische Schwarzmeerflotte ist seit ihrer Gründung 1783 auf der Krim stationiert – strategisch und militärisch ist die Halbinsel ein sehr wichtiger Stützpunkt. Aus russischer Sicht bestand die Gefahr, die Kontrolle über

die Krim zu verlieren, wenn sich die Ukraine noch stärker der EU zugewendet hätte und der Nato beigetreten wäre.

Weil nach dem politischen Umsturz des Maidans die Politik der «Ukrainisierung» noch stärker vorangetrieben wurde, konzentrierte sich Putins Propaganda auf den Aufstieg antirussischer ultra-nationalistischer und rechtsradikaler Parteien in der Ukraine. Die Partei Swoboda («Freiheit») zum Beispiel, die ihren Ursprung in Banderas OUN hat, zog noch vor dem Maidan mit 10 Prozent Wähleranteil ins Parlament ein. Bei der Regierungsbildung im Februar 2014 wurde deren stellvertretender Vorsitzender Oleksandr Sytsch stellvertretender Ministerpräsident, und die Partei stellte noch drei weitere Mitglieder der Übergangsregierung. Auch der rechtsextreme Rechte Sektor, der sich während des Maidans formierte, wurde in eine politische Partei umgewandelt. Der ehemalige Anführer des Rechten Sektors, Dmitro Jarosch, war von 2014 bis 2019 Parlamentsabgeordneter, und landesweit konnten faschistische Gruppierungen lokale Mandate gewinnen.

Das ist die politische Situation, die Putin bis heute medial ausschaltet und immer wieder als Kriegsgrund anführt. Demnach befindet sich die Ukraine seit dem Ende der Ära Janukowitsch in den Händen rechtsextremer, faschistischer Gruppen.

Tatsächlich aber war der effektive politische Einfluss der rechtsradikalen Parteien marginal. Bei den Präsidentschaftswahlen 2014 erhielt der Kandidat des rechten Sektors nicht einmal 1 Prozent, der Swoboda-Kandidat kam auf 1,16 Prozent. Abgesehen von ein paar lokalen Mandaten war die politische Karriere der faschistischen Parteien praktisch beendet. Doch die Geschichte vom Aufstieg der Nazis war zu gut, um sie nicht auszuschlachten. Medwedew verkaufte die Annexion der Krim als «Rettungsmission» der Bewohner vor dem Rechten Sektor – genauso wie die Annexion von Donezk und Luhansk, wo Putin einen Monat nach der Krim-Annexion prorussische bewaffnete Milizen stationierte. Seither durchschneidet den Donbass eine 450 Kilometer lange Frontlinie, an der sich ukrainische Regierungstruppen und sogenannte Separatisten, massgeblich von Russland gestützt, gegenüberstehen. Und nun wiederholt sich das Argument erneut: Auch der jetzige Grossangriff auf die Ukraine soll eine Spezialmission gegen antirussische Faschisten sein.

Das Paradoxe daran: Erst durch Putins «Rettungsmission» in Donezk und Luhansk kamen die ukrainischen Neonazis zu noch grösserem landesweitem Ansehen. Zum Beispiel das mittlerweile allseits bekannte Asow-Regiment. Die Miliz wurde von rechts-extremen Politikern gegründet, um die ukrainische Armee im Kampf gegen die prorussischen Separatisten in der Ostukraine zu unterstützen. Das offizielle Symbol von Asow ist der Wolfsangel, ein rechtsextremes Symbol, welches von Neonazis weltweit als Erkennungsmerkmal benutzt wird. Unter den Mitgliedern von Asow sind viele Angehörige des Rechten Sektors. Auch sonst hat Asow gute Beziehungen zur internationalen Neonazi-Szene – auch in die Schweiz.

Pikant ist: Weil Asow im Kampf in Donezk und Luhansk relativ erfolgreich war, gliederte der damalige Innenminister das Regiment im Oktober

2014 in die Nationalgarde der Ukraine ein. Ob es sich bei den Asow-Kämpfern heute um Neonazis handelt, ist jedoch umstritten. Obwohl die Symbolik klar faschistisch ist, weist ihre Ideologie einige für Rechtsextreme ungewöhnliche Punkte auf. Zum Beispiel werden jüdische Personen nicht diskriminiert, sie sind sogar Teil des Bataillons: Ein Jude ist angebliches Gründungsmitglied von Asow, ein jüdischer Oligarch hat das Bataillon zeitweise finanziert.

Manche Experten sagen, dass sich das Bataillon «entideologisiert» habe. Gleichzeitig kursierte vor ein paar Monaten ein Video, das zeigt, wie Asow-Kämpfer sich auf einen Kampf vorbereiten: Um ihre muslimischen Feinde zu demütigen, tauchten sie ihre Kugeln vor dem Angriff in Schweinefett.

Unabhängig von der Gesinnung der Asow-Kämpfer imponiert ihr Kampf für die Unabhängigkeit vielen. Seit Ausbruch des Krieges noch mehr als zuvor. So übernahmen viele Ukrainer, Politiker und Militärs rechtsextreme Parolen. «Slawa Ukraini! Herojam slawa!» (Ruhm der Ukraine! Ruhm den Helden!) ist ein Ruf, den mittlerweile wohl die meisten kennen. Er ist zum Symbol des ukrainischen Widerstandes in diesem Krieg geworden. Der Ursprung des Spruches soll laut russischen Kritikern eine Abwandlung des nationalsozialistischen Grusses «Heil Hitler» sein. Die allermeisten Ukrainer verbinden den Gruss heute aber nicht mehr mit seiner historischen Herkunft.

*

Wieso denkst du, dass die Nazis in der Ukraine an der Macht sind? Der ukrainische Präsident ist doch Jude.

Ich lebe hier, ich sehe, was diese Bestien hier anstellen. Dieser Rechte Sektor. Hier gibts viele solche Organisationen. Alles junge, stramme Männer, und niemand arbeitet. Von was leben sie? Ganz einfach: Sie werden von der Regierung bezahlt.

Nazis gibt es überall. Auch in der Schweiz und in Deutschland gibt es Nazis. Das rechtfertigt doch keinen Krieg.

Geh ins Internet und hör dir Putins Rede an. Warum darf die USA in den Irak einmarschieren und alles platt machen? Die ukrainische Regierung hat Russland zum Erzfeind ernannt.

Die Ukraine ist der russische Nachbar, und die Nato steht ja schon vor der Tür. Als nächstes hätten sie ihre Raketen in Charkiw postiert, und dann? Die Russen tun das einzig Richtige, sie verteidigen sich.

«Deduschka, was ist in Butscha passiert?» –
«Ich glaube, in Butscha war alles gestellt.»

Wie kann sich Russland verteidigen, wenn Putin die Ukraine angreift?

Niemand will die Ukraine erobern. Putin will nur eine Regierung, die loyal zu Russland ist.

Und was, wenn die Ukraine nicht loyal sein will?

Was will sie dann? In die EU? Wieso ist sie dann nicht schon längst beigetreten? Ich sags dir: Weil man eine solche Scheisse in der Politik nicht haben will. Und wer hat die Ukraine dazu gemacht? Europa und USA. Ihr habt das erschaffen, und zwar im Jahre 2014. Und jetzt wisst ihr nicht, was mit der Ukraine anfangen. Diese sogenannten Patrioten sind 2014 in den Donbass marschiert und haben alles zerstört. Der Donbass wollte sich doch nur gegen diese Politik wehren, und was ist passiert? (Opa fängt an zu schreien.) Die Ukraine hat eine bewaffnete Armee geschickt. Wo war Europa damals? Europa hat applaudiert, während Menschen dort umgebracht wurden. Und du willst mir etwas von Demokratie erzählen? Ich will nicht mehr mit dir reden. Du bist komplett gehirngewaschen.

Er hängt auf.

*

Ich wusste, dass es kein einfaches Gespräch wird. Aber ich dachte nicht, dass mein Opa so ausrasten wird. Das Thema geht ihm nahe, das weiss ich. Und bei einigen Punkten hat er viel

leicht sogar Recht: Die westliche Propaganda wirkt auch hier. Das Bild des bösen Russen, das vor allem von den USA gemalt wird, wir alle haben es längst verinnerlicht.

Wie wahrscheinlich alle Menschen will auch mein Opa wirtschaftliche Stabilität. Hier in Europa kommt diese Stabilität mit Rechtsstaatlichkeit und Freiheit und Mitspracherecht. Aber das ist anstrengend. Für die Politik und auch für die Gesellschaft. Weil man sich immer wieder hinterfragen und die Dinge ausdiskutieren muss.

Stabilität lässt sich auch anders erreichen, ohne «lästige Nebeneffekte» wie Freiheit und Mitspracherecht. Hat ein Land nur diese demokratischen Privilegien, aber eben keine wirtschaftliche Stabilität, bringt das Menschen wie meinen Grossvater dazu, Meinungsfreiheit und Mitspracherecht zu hinterfragen. Es sind eben jene 40 Prozent, die mit demokratischen Strukturen dann nichts mehr anfangen können.

Der Osteuropa-Experte Jeronim Perović sagt: «Ihr Grossvater schaut nach Russland und sieht: Jemand kam und sorgte für Recht und Ordnung. Aber die Repressionen und die Nachteile spürt er in der Ukraine nicht. Nur so kann ich mir das erklären.» Doch Menschen wie meinen Grossvater gibt es immer weniger. Seit der Annexion der Krim 2014 und dem Krieg im Donbass hat sich die Einstellung zu Russland stark gewandelt, sagt Perović. Und seit Ausbruch des Krieges befürworten 76 Prozent einen Nato-Beitritt.

«Putin hat mit diesem Krieg das Gegenteil von dem erreicht, was er wollte», sagt Jeronim Perović. Er meint: Putin wollte als Befreier der Ukraine in die Geschichte eingehen. «Stattdessen hat er mit seinem Angriff zu einer noch nie dagewesenen nationalen Einigung beigetragen.» Aus Versehen, wenn man so sagen will, hat Putin dem Land einen gemeinsamen Feind gegeben: Putin selbst.

*

Ein paar Stunden später meldet sich mein Opa nochmals über Whatsapp. Er schreibt: «Sascha, verzeih, ich war im Unrecht. Die Emotionen sind mit mir durchgegangen.» Im Unrecht, stellte

sich heraus, fand er sich aber nur, was die Heftigkeit seiner Vorwürfe angeht. In der Sache sah er sich weiterhin im Recht. Seit unserem Streit haben die Russen ihren Angriff auf Kyjiw beendet, dafür die Angriffe im Osten der Ukraine intensiviert. Der Rückzug der Russen aus Kyjiw offenbarte Kriegsverbrechen wie das «Massaker von Butscha», welche die Welt erschütterten. Heute ist der ganze Landesteil zwischen Krim und Donbass unter russischer Kontrolle. In der Hafenstadt Cherson wurde am 1. Mai der Rubel eingeführt. Hat mein Opa nun seine Meinung geändert? Ich rufe ihn ein zweites Mal an, es ist Anfang Mai.

*

Deduschka, was ist in Butscha passiert?

Ich glaube, in Butscha war alles gestellt. Die Russen haben aufgedeckt, dass eine Frau, die in Butscha als Leiche auf der Strasse lag, später im Fernsehen gezeigt wurde. Das haben sie bei euch im Westen natürlich nicht gezeigt. Ich glaube, es lief genauso ab wie damals, als die Weisshelme in Syrien eine Giftgasattacke inszeniert haben.

Glaubst du wirklich, dass in Butscha niemand gestorben ist?

Es kann schon sein, dass ein paar Menschen umgebracht wurden. Aber die Frage ist, von wem. Und ich glaube einfach nicht, dass dann alle so auf den Strassen herumliegen würden.

Die Russen haben sich aus Kyjiw zurückgezogen, doch der Krieg dauert trotzdem noch an. Du sagtest, die Russen wollten nur rasch die Regierung stürzen und alles wäre nach einer Woche wieder vorbei.

Ja, ich glaube, die Russen haben die Streitkräfte der Ukraine unterschätzt. Sie dachten wohl, die würden sich ergeben. Dass sie so lange standhaft bleiben würden, damit haben die Russen nicht gerechnet. Das russische Militär hat sich zurückgezogen, um nicht noch mehr Schaden anzurichten. Jetzt fliegen sie vor allem Artillerieangriffe, weil sie dort überlegen sind und genauer auf militärische Basen zielen können. In bewohntes Gebiet dringen sie nur vor, wenn sie sicher sind, dass dort niemand mehr ist. Sie wollen ja keine Zivilisten verletzen.

Wenn du Russland so sehr magst, wieso bist du nie dorthin gezogen?

Das wäre ich fast. 2013 habe ich eine Wohnung auf der Krim gefunden. Aber dann ist meine Mutter erkrankt. Sie hat mich gebeten, in ihre Nähe zu ziehen. Jetzt muss ich dich etwas fragen. Hast du eigentlich gehört, dass es Verhandlungen gibt, den Osten der Ukraine an Russland abzugeben?

Ja, ich weiss, dass diese Option diskutiert wird, wenn dafür im Gegenzug der Krieg beendet wird.

Es gehen Gerüchte um, dass die Polen den Westen der Ukraine auch wieder haben wollen, also rund um Lwiw herum. Hätten wir damals ein föderales System aufgebaut, gäbe es heute keinen Krieg. Dann hätte jeder Teil der Ukraine für sich entscheiden können, was er macht. Der Donbass hätte mit Russland geschäften können, der Westen mit den Polen, und alle hätten ein tolles Leben. Aber nein, die Ukraine wollte ja unbedingt eine Einheit sein.

Was hätte die Regierung deiner Meinung nach denn machen sollen?

Ihr habt eine Demokratie aus uns gemacht, gut. Aber wieso ist das Land dann nicht aufgeblüht? Dass Selenski ein Schauspieler ist und keine Ahnung von der Politik hat, ist das eine. Aber er hätte sich eine prima Mannschaft aus intelligenten Typen aufbauen können. Sie hätten das Land vorantreiben können. Stattdessen hat er einen Nachbarn wie Russland verärgert, so was muss man erstmal schaffen. Mit den Nachbarn musst du in Frieden leben, sonst gehts nicht!

Russland hat den Krieg begonnen, nicht wir. Und die Ukraine hätte aus Rücksicht auf Russland auf die Demokratie verzichten sollen?

Zum Teufel mit eurer Demokratie, wenn ihr damit nicht hinkriegt, was wichtig ist. Ich bin alt, mir ist es egal. Aber es ist doch so: Je mehr die Politiker über Demokratie sprechen, desto weniger bleibt von ihr. Sie hört dort auf, wo sie dem anderen im Weg ist.

Es ist zwecklos. Wir sind diesmal zwar nicht im Streit auseinandergegangen, aber einig sind wir uns einzig darin, dass wir uns nicht mehr einig werden. Nächste Woche werde ich ihn wieder anrufen. DM

SASCHA BRITSKO ist Reporterin des «Tages-Anzeiger» im Ressort Zürich Politik & Wirtschaft.
sascha.britsko@tages-anzeiger.ch